

DECLASSIFIED AND RELEASED BY
CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY
SOURCES METHODS EXEMPTION 3B2B
NAZI WAR CRIMES DISCLOSURE ACT
DATE 2008



Mittwoch, 26. März
Von Krascheninnikow und Schäffer aus den Gesichtern Eisenhowers und ERHARDS hier nicht das geringste. Der Präsident des Vermühten Staates und der deutsche Wirtschaftsminister, beide keine Pessimisten, hatten im Weißen Haus ein halbstündiges Gespräch, in dem auch die Konjunktur erörtert wurde. Professor Erhard hält sich zu einem längeren Besuch in Amerika auf.

Erhard spricht von steigenden Schwierigkeiten

Gespräch über die Hilfe für Entwicklungsländer / Eisenhower lobt das Rüstungstempo

Washington, 25. März (UP/dpa). Präsident Eisenhower hat dem Bundeswirtschaftsminister und Vizekanzler Erhard seine Befriedigung über das Tempo der deutschen Wiederaufbauung ausgedrückt. Das sei in einer Zeit, in der einige Nato-Mitglieder Schwierigkeiten mit ihren Verpflichtungen hielten, ein immer wichtiger werdender Faktor. Eisenhower hat dem Bundeswirtschaftsminister außerdem seine Glückwünsche über den Stand der deutschen Wirtschaft ausgesprochen.

Erhard war am Montag bei Außenminister Dulles zum Essen. Daran nahm auch C. Burke Elbrick teil, der als Unterstaatssekretär für europäische Angelegenheiten auch als Experte für Probleme der Gipfelkonferenz gilt.

Außerdem traf Erhard mit Douglas Dillon zusammen, der im Außenministerium für Wirtschaftsangelegenheiten zuständig ist.

Erhard teilte anschließend vor Pressevertretern mit, daß bei diesen Besprechungen drei Punkte behandelt worden seien: Handelspolitik und Handelsabkommen, Gemeinsamer Markt und Freihandelszone mit ihren Auswirkungen auf die Weltwirtschaft und auf Amerika und schließlich die Hilfe für entwicklungsfähige Länder. Nach Erhard decken auch die Auffassungen zum Problem der Freihandelszone. Was die Hilfe für entwicklungs-

fähige Länder angehe, so hoffte er, daß es zusammen mit Amerika zur besseren Koordinierung der Hilfsmaßnahmen kommen werde. Er sah sich darüber im klaren, daß die Anforderungen an die Bundesrepublik steigen werden.

Wie es in Washington heißt, hat Erhard im Gespräch mit Diplomaten geäußert, er sehe es als wichtigste Aufgabe seines Besuches an, sich so ausführlich wie möglich über die amerikanische Wirtschaftsverfassung zu informieren. Von seinen Eindrücken über Ausmaß und voraussichtliche Dauer der Konjunkturschwäche in Amerika werde es abhangen, ob und in welchem Umfang er nach seiner Rückkehr auch in der Bundesrepublik Maßnahmen gegen einen Konjunkturrückgang treffen werde.

Die Gelegenheit zur eingehenden Information ergibt sich für den Minister vor allem bei seinen Gesprächen mit Finanzminister Anderson und, gegen Ende dieser und Anfang nächster Woche, mit privaten Wirtschafts- und Finanzkreisen in New York. Nachhaltigen Eindruck über die Beunruhigung der amerikanischen Öffentlichkeit dürfte ihm eine Tagung des Exekutiv-Ausschusses des Gewerkschaftsverbandes AFL-CIO am Montag in Washington vermittelt haben. Der Ausschuß unter Vorsitz des Gewerkschaftspräsidenten Mooney erklärte, alle Anzeichen deuteien auf

eine weitere Verschlechterung hin. Die Gewerkschaftsvertreter forderten die Regierung zu einer sofortigen Steuersenkung im Betrag von sechs bis acht Milliarden Dollar auf.

Der Regierung wurde vorgeworfen, der Rezession nicht schnell genug entgeggetreten zu sein. Vor einigen Monaten hätte noch eine Steuersenkung um drei oder vier Milliarden Dollar genügt. Der jetzige Anstieg der Arbeitslosigkeit auf den höchsten Stand seit 16 Jahren, die Einschränkung der Erweiterungs- und Rationalisierungsinvestitionen der Industrie um dreizehn Prozent gegenüber 1957 sowie die Zurückhaltung der Verbraucher machen nun jedoch eine Senkung der steuerlichen Belastung um etwa das Doppelte erforderlich. Da die Produktionskapazitäten die Kaufkraft offensichtlich überholt hätten, sei es notwendig, das Gleichgewicht durch steuerliche Erleichterungen wieder herzustellen.

Der Senat begann am Dienstag mit der Debatte über das zweite große Anti-Rezessionsgesetz, das die unverfügbare Bereitstellung von 1,5 Milliarden Dollar zum Bau von Fernverkehrsstraßen vorsieht. Das erste Anti-Rezessionsgesetz über die Mobilisierung von 1,85 Milliarden Dollar zum Bau von 200 000 Wohnungen, durch das 500 000 Arbeitsplätze geschaffen werden sollen, hat dem Kongress passiert.